

# Der Bürgermeister



# Hilden

## Auszug aus der Niederschrift

<b>Beschlussvorlage</b> öffentlich		<b>SV-Nr.:WP 04-09 SV</b> <b>01/087</b>
<b>Betreff:</b>	Personalaustausch mit der Provinzregierung Guizhou/VR China - Weiterführung des Austausches, 1. Gegenbesuch	

19.09.2007 Rat der Stadt Hilden

TOP 12

12. Personalaustausch mit der Provinzregierung Guizhou/VR China  
Weiterführung des Austausches, 1. Gegenbesuch - SV 01/087

Rm. Urban/CDU beantragte, das Wort „zustimmend“ aus dem Beschluss zu streichen.

Rm Horzella/dUH verlas folgende Erklärung seiner Fraktion:

*„Unsere Auffassung zu der Vereinbarung vom 27.11.2003, mit der Provinzregierung Guizhou, in der VR China, zum gegenseitigen Personalaustausch, haben wir in der Ratssitzung am 09.11.2005 klar gemacht. Ich zitiere aus der damaligen Stellungnahme:  
Zitat*

*" Die UNABHÄNGIGEN würdigen gerne, dass die Verwaltung die chinesischen Gäste vorbildlich betreut hat. Die betroffenen Verwaltungsmitarbeiter, aber auch deren Familien, an der Spitze Herr Bürgermeister Scheib und Herr Thiele, waren mit viel Engagement gute Gastgeber, was wir ausdrücklich anerkennen.  
An dieser Stelle aber hat, nach Auffassung der UNABHÄNGIGEN, das städtische Engagement zu enden. Unabhängig davon, ob der Bürgermeister ohne Einschaltung des Rates befugt war, die am 27.11.2003 geschlossene Vereinbarung einzugehen, kann es nicht Aufgabe der Stadt Hilden sein, mit Steuergeldern der Hildener Bürger, Personal- und Staatsförderung, auch und gerade wegen der dortigen politischen Verhältnisse, für die Volksrepublik China zu betreiben. Die Aufgaben der Stadt Hilden und des Bürgermeisters sind in der Gemeindeordnung und den einschlägigen dazu ergangenen Rechtsvorschriften, geregelt.*

*In Zeiten, in denen alle Bürger unseres Landes durch den Gesetzgeber unerbittlich zur Kasse gebeten und erhebliche persönliche Einschnitte hinnehmen müssen, ist es nicht erklärbar, dass eine kleine Stadt wie Hilden sich Aufgaben annimmt, die eher der Bundes- und Landespolitik oder der Wirtschaft zustehen. An dieser Auffassung ändern auch die Bemühungen um chinesische Partnerschaften von Städten wie beispielsweise Berlin Spandau, Bocholt, Heidelberg, Leverkusen oder auch Ratingen, nichts." Zitat Ende.*

*Die hier begehrte Reise ist aber auch nicht erforderlich, da sie keinerlei Vorteil oder*

*Ansehensverbesserung für die Stadt Hilden bringen wird. Ob drei Vertreter der Stadt Hilden in die Provinz Guizhou reisen, die mit 176.100 m<sup>2</sup> halb so groß ist wie Deutschland, oder die Reise unterbleibt, ist, um es höflich auszudrücken, völlig unbedeutend für die Entwicklung der Provinz Guizhou und der Stadt Hilden.*

*Ohne den einzelnen Teilnehmern der vorgesehenen Reisegruppe aus Hilden zu nahe treten zu wollen, ist es geradezu vermessen und abenteuerlich, anzunehmen, dass eine Fachkraft für die Abfallwirtschaft der Stadt Hilden, einer Provinzregierung, die für mehr als 38 Mill. Menschen zuständig ist, Ratschläge bei der Müllbewältigung chinesischer Problemstellungen geben kann.*

*Unvorstellbar ist auch, dass die Provinzregierung gegenüber dem Bürgermeister von Hilden irgendwelche Aussagen zu Menschenrechtsverletzungen und Arbeitslagern machen wird oder sich danach auf Vorhalte gar Verbesserungen ergeben. Diese Themen sind Aufgaben der Zentralregierung von China, die auch beim letzten Besuch der Bundeskanzlerin keine wirkliche Reaktion oder gar Zusagen gefunden haben. Selbst die Ermahnung der Bundeskanzlerin, dass die ganze Welt auf China anlässlich der Olympischen Spiele 2008 schaut, hat die Chinesen nicht sonderlich beeindruckt.*

*Geradezu blauäugig ist es anzunehmen, dass angesichts der Größe und Weite und der damit verbundenen internen und externen Verwaltungsstrukturen der Provinz Guizhou, die in der Sitzungsvorlage dargestellten Schwerpunkte des "Arbeitsprogrammes" in 14 Tagen, einschließlich Reisetagen, abgearbeitet werden können. Außer persönlichen Eindrücken und vielen Bildern wird und kann die Hildener "Reisegruppe" der Verwaltung nichts aus China mitbringen. Auch nichts, was anschließend unsere kommunale Aufgabenerledigung erleichtern wird.*

*Um abschätzen zu können, ob wirklich bei der Stadt Hilden nur ca. 1.000,-€ an Kosten für die Reise hängen bleiben, wäre die Verwaltung aus Gründen der Klarheit und Wahrheit gut beraten gewesen den Gesamtaufwand der Reise, mit allen Ein- und Ausgaben, detailliert für die vorgesehenen Teilnehmer/Innen in der Sitzungsvorlage aufzulisten. Es bleibt Geheimnis der Verwaltung, warum sie das nicht getan hat.*

*Sollte der Rat heute mehrheitlich der Reise zustimmen, beantragen wir schon heute eine detaillierte Abschlussrechnung, einschließlich des Ausfalles von Arbeitsleistung der städtischen Mitarbeiter, mit Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes.*

*Eine Ablehnung der Reise durch den Rat ist auch nicht respektlos oder unhöflich, wie es in der Sitzungsvorlage durch den Bürgermeister suggeriert wird. Der Rat der Stadt Hilden oder ersatzweise ein anderes städtisches Gremium, waren in die Vereinbarung mit der Provinzregierung Guizhou nicht involviert, sondern erst zwei Jahre später informiert worden. Somit hat der Rat keine Verpflichtungen gegenüber der Provinzregierung von Guizhou.*

*Bei oder während der Reise ist laut Sitzungsvorlage nicht vorgesehen, Verträge abzuschließen, die der Stadt Hilden wirtschaftliche, logistische oder andere Vorteile bringen. Aus diesem Grund hat die Reise als Dienstreise, mit den damit verbundenen dienstlichen Freistellungen, für die genannten Teilnehmer/Innen zu unterbleiben. Die UNABHÄNGIGEN Hilden werden die vom Bürgermeister hier ersatzweise angezeigte "Dienstreise" nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen und ihr für den genannten Personenkreis auch keine Zustimmung erteilen.“*

Auch Rm. Weinrich/BA schloss sich für seine Fraktion den Ausführungen seiner Vorredner an und erklärte, die Dienstreise nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen zu können.

Auf entsprechenden Vorschlag des Bürgermeisters, dann konsequenterweise einen

Antrag zu stellen, die Dienstreise zu untersagen, erklärte Rm. Weinrich, dass dies seiner Auffassung nach nicht dem Gebot der Höflichkeit und Respekt gegenüber dem Vertragspartner entspreche. Stattdessen beantragte er eine Ergänzung des Beschlussvorschlages wie folgt:

*"Die am 27.11.2003 vom Bürgermeister unterzeichnete Vereinbarung mit der Provinzregierung von Guizhou wird dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt."*

Zudem sollte der Bürgermeister die Gelegenheit wahrnehmen und dem Vertragspartner die grundsätzliche Auffassung des Rates während des Besuches erläutern.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss (mit Änderung und Ergänzung):

„Der Rat nimmt ~~zustimmend~~ zur Kenntnis, dass zwei Mitarbeiter der Stadt Hilden sowie Herr Bürgermeister Günter Scheib für einen Zeitraum von zwei Wochen zu einem Fachpersonalaustausch in die Provinz Guizhou reisen.

*Die am 27.11.2003 vom Bürgermeister unterzeichnete Vereinbarung mit der Provinzregierung von Guizhou wird dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt."*